



Kriegen wir die Kurve noch?

Die nächsten Wochen sind entscheidend: Was schützt jetzt vor Corona – und der großen Angst? Es helfen keine panischen Appelle. Und das Kleinreden sowieso nicht. Was dann? POLITIK, WIRTSCHAFT UND WISSEN

Teillustration: Francesco Cicciobella für DIE ZEIT

EXTREMISMUS

ALEXEJ NAWALNY

Terror wirkt

Die Enthauptung eines französischen Lehrers geht ganz Europa etwas an. Der Islamismus muss in die Schranken gewiesen werden VON ULRICH LADURNER

Ein Islamist hat den französischen Lehrer Samuel Paty enthauptet. Nun heißt es, Frankreich sei ein Sonderfall: Frankreich habe eine unaufgearbeitete koloniale Vergangenheit. Muslime würden dort diskriminiert. Der französische Staat sei blind und taub gegenüber den religiösen und spirituellen Bedürfnissen seiner jungen Bürger und Bürgerinnen. Das mag alles sein. Doch wahr ist auch: Die Enthauptung Patys ist kein französisches Problem. Sie ist ein europäisches Problem, weil der Islamismus Europa den Krieg erklärt hat.

Diese Ideologie ist in vielen muslimischen Ländern Staatsreligion, im Iran, in Saudi-Arabien, in Pakistan. Sie erträgt keine Trennung zwischen Staat und Religion, sie stellt religiöse Gesetze über weltliche, sie erträgt Glaubens- und Meinungsfreiheit nicht. Der Islamismus ist seiner Natur nach totalitär. Um seinen Willen durchzusetzen, ist er bereit zur Gewalt. Daher ist er der Todfeind des freiheitlichen Europas. Paty starb, weil er seinen Schülern vermitteln wollte, was es bedeutet, frei zu sein: zu glauben, was man will, zu sagen, was man meint, ohne Angst zu haben. Paty ging dem Vernehmen nach sehr behutsam vor. Er nahm Rücksicht auf die Gefühle seiner Schüler und Schülerinnen. Das Leben hat ihm das nicht gerettet.

Seine Enthauptung auf offener Straße ist nur der letzte Höhepunkt einer gewalttätigen Kampagne, die seit Jahren eine blutige Spur durch Europa zieht. Frankreich hat seit 2015 über 250 Opfer islamistischen Terrors zu beklagen, doch auch in Spanien, Belgien, den Niederlanden und in Deutschland starben in den letzten Jahren Menschen durch die Hand von Islamisten.

Die Finanzquellen des politischen Islams trockenlegen

Ausländische Kräfte fördern den Islamismus hierzulande. Dazu zählen allen voran der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, das saudische Königshaus, die iranischen Ajatollahs. So sehr sie sich auch unterscheiden, sie nutzen jede Gelegenheit, in Europa an Einfluss zu gewinnen. Für sie ist Europa ein Spielfeld. Sie exportieren hierher ihre demokratiefeindliche Politik. Es ist höchste Zeit, sie zurückzudrängen. Das kann auf vielen Ebenen geschehen. Auslän-

dische Finanzquellen für Vereine, die sich dem politischen Islam verschrieben haben, trockenlegen wäre ein erster Schritt. Das betrifft auch Islamverbände in Deutschland wie etwa die Ditib, die zu einem großen Teil aus der Türkei finanziert und gesteuert wird. Männer wie Erdoğan sind natürlich nicht für die Enthauptung Samuel Patys verantwortlich, aber sie fördern Extremisten und vergiften das politische Klima.

In Europa gibt es Platz für die Weltreligion Islam. Für gewalttätige politische Islamisten gibt es ihn nicht. Wer Hass predigt, egal ob ein Imam in einer europäischen Moschee oder der türkische Präsident, der muss endlich in die Schranken gewiesen werden. Sonst gelingt den Islamisten, was sie seit Jahren versuchen: den europäischen Islam zu prägen.

Terror wirkt. Oder wollte jemand behaupten, nach dem Mord an Paty könne er Meinungs- und Glaubensfreiheit ohne flauen Gefühl im Magen unterrichten? Der französische Premierminister Jean Castex erklärte nach der Bluttat: »Wir werden alles tun, um unsere Lehrer zu schützen!« Das war das bittere Eingeständnis, dass Lehrer in Zeiten des islamistischen Terrors zu einem Hochrisikoberuf geworden ist. Auch in Deutschland haben Lehrer oft genug mit aggressiven Schülern zu kämpfen, die offen ihre Verachtung für unser freiheitliches System zeigen. Die Szene der Salafisten, islamischer Fundamentalisten, ist in Deutschland auf 12.000 Anhänger angewachsen. Die große Mehrheit der europäischen Muslime lehnt Gewalt strikt ab. Die Zeichen für einen religiös begründeten Separatismus allerdings sind beunruhigend. Doch Einheit in Vielfalt, das ist Europas Wesenskern. Ihn gilt es zu verteidigen.

Terror führt zu Einschüchterung, er führt dazu, dass wir relativieren, verharmlosen, zurückweichen. Schritt für Schritt erodieren so die Fundamente unserer freiheitlichen Gesellschaft.

Kritik am Islamismus und am politischen Islam wird schnell als Islamophobie denunziert. Das ist die Strategie der Islamisten: Sie bringen Kritiker gezielt in den Verdacht, Islamhasser zu sein, sie rücken sie in die Nähe des Rechtsextremismus, sie unterbinden eine offene Diskussion über die Gefahren des politischen Islams.

Doch die Demokratie muss wehrhaft sein, wenn sie überleben will. Und sich zu wehren beginnt damit, zu benennen, was ist.

Was, nur sieben?

So viele Russen stehen auf der neuen EU-Sanktionsliste. Klingt nach wenig, könnte aber die Wende in der Russland-Politik sein VON ALICE BOTA

Was sind schon sieben Namen, gemessen daran, dass der Oppositionspolitiker Alexej Nawalny in Russland mit einem der gefährlichsten Nervenkampfstoffe vergiftet wurde? Als Russland 2014 die Krim annektierte und seine Soldaten in die Ostukraine schickte, hat die EU immerhin zig Russen, einige staatliche Unternehmen und ein paar Banken mit Sanktionen belegt. Und nun hat sie nicht mehr zu bieten, als sieben Russen und ein Chemie-Institut auf die Liste zu setzen?

Man sollte sich nicht täuschen. Denn es kommt nicht darauf an, wie viele Menschen von den Sanktionen betroffen sind, sondern wer. Auf der Liste finden sich auch engere Gefolgsleute von Wladimir Putin, etwa der Geschäftsmann Jewgenij Prigoschin, der mit seinen Millionen Trollfabriken und Söldnern finanziert. Oder der stellvertretende Leiter der Kriml-Verwaltung. Klar ist das nicht mehr als Symbolik – die der Kriml jedoch ziemlich genau versteht. Nur Deutschland versteht er nicht mehr. Er hat die Ungeduld der Angela Merkel nicht vorhergesehen. Man schien sich sicher, auch dieses Mal davonzukommen.

Endpunkt einer langen politischen Entfremdung

Dabei ist es nicht so, als sei die Reaktion auf die Vergiftung von Alexej Nawalny eine politische Eruption. Sie ist der vorläufige Endpunkt einer langen politischen Entfremdung, die 2014 mit der Annexierung der Krim und dem Krieg in der Ostukraine ihren Anfang nahm. Die weiterging mit dem russischen Nowitschok-Anschlag auf den Doppelagenten Sergej Skripal im englischen Salisbury, mit dem Hacker-Angriffen auf den Bundestag, mit dem Mord an einem Georgier mitten in Berlin, der von staatlichen Stellen in Russland in Auftrag gegeben worden sein soll. Trotz all dieser politischen Krisen haben die Deutschen weiterhin die russischen Interessen für die EU übersetzt – bis jetzt.

Erwas dreht sich. Deutschland übersetzt nun den Russen jenen Frust, der sich in der EU breitmacht. Mehr noch: Die Bundesregierung ist die treibende Kraft bei diesen Sanktionen. Denn der Anschlag auf Alexej Nawalny, flankiert von dreisten Lügen und Anschuldigungen russischer

Regierungspolitiker, ist für die deutsche Seite das eine Vergehen zu viel.

Selbst wenn Wladimir Putin nichts mit der Tat zu tun hat – der Kriml macht sich nun zum Komplizen. Statt auf Ermittlungen zu bestehen, behaupten russische Regierungspolitiker, dass Russland nie Nowitschok besessen habe, um im nächsten Atemzug zu versichern, dass man den Kampfstoff längst vernichtet habe. Werfen der deutschen Seite vor, Rechtshilfesuche zu verschleppen; insinuiieren, der Anschlag sei eine westliche, antirussische Provokation. Dass Alexej Nawalny gar nicht vergiftet worden sei, sondern an einer Stoffwechselstörung leide, dass er sich selbst vergiftet haben könnte.

Die politische Wende der Bundesregierung, die sich nun andeutet – sie steht und fällt keineswegs mit dem Stopp der fast fertiggestellten Pipeline Nord Stream 2, die russisches Gas nach Deutschland bringen soll. Ja, es war ein politischer Fehler, dass die Bundesregierung dieses Projekt zugelassen hat. Doch jetzt geht es darum, sich künftig genau diese politische Naivität nicht zu erlauben, die Nord Stream 2 erst möglich gemacht hat.

Wie ernst es den Europäern nun wirklich ist, ob die Sanktionen »halbherzig« sind, wie einige kritisieren, wird sich daran zeigen, wie sie umgesetzt werden. Westliche Unternehmen haben noch immer Wege gefunden, geltende Verbote zu umgehen. Sanktionierte Oligarchen überschreiben ihre Firmen einfach den Schwiegervätern oder bringen ihr Geld mithilfe westlicher Banken auf Offshore-Inseln in Sicherheit. Selbst persönliche Sanktionen wurden in der Vergangenheit umgangen, und zwar ganz offiziell: Kriml-Berater Wladislaw Surkow saß schon in Paris und in Berlin am Verhandlungstisch, obwohl er aufgrund von Sanktionen eigentlich nicht reisen darf.

Auch in Deutschland flüstert eine Lobby, bestehend aus einem ehemaligen Bundeskanzler, nostalgischen Sozialdemokraten, AfD- sowie Linken-Politikern und Wirtschaftsleuten, ohne gute Beziehungen zum Kriml gehe nichts. Doch eines sollte man sich nicht einreden lassen: dass die Sanktionen das Verhältnis zu Russland zerstören. Sie führen keine Krise herbei, sie sind Ausdruck einer Krise. Auch wenn der russische Außenminister nun mit einem Ende des Dialogs mit der EU droht – keine Sorge, der wird weitergehen. Nur eben ohne Illusionen.



Das erste Weltgericht

75 Jahre Nürnberger Prozesse: Die letzten Augenzeugen erzählen
Dossier, S. 15



»Wir sind keine Last, wir sind eure Zukunft!«

64 Seiten ZEIT Abitur: Wovon Jugendliche träumen und wofür sie jetzt kämpfen

Fünf Wochen im Koma

Wie Katharina Wagner nach ihrer Krankheit die Zukunft Bayreuths sieht
Feuilleton, S. 53

PROMINENT IGNORIERT



Körperkirche

Weil in Polen alle Schwimmbäder und Sportstätten geschlossen bleiben müssen, die Kirchen jedoch geöffnet sind, hat sich ein Fitnessclub in Krakau zur »Kirche des gesunden Körpers« erklärt. Das ist nur scheinbar schlau, denn der Gott des Sports ist gnadenlos. Wer sich in seinem Dienst bis zur Erschöpfung gequält hat, wird ein katholisches Hochamt als Labsal empfinden. GRN.

Kl. Bilder (v.o.): Robert D'Addario/Stadtarchiv Nürnberg/AB5/II Nr. RA-45-D; Marzena Skubatz für DIE ZEIT; Photo: Alto Agency RF Collections/Getty Images

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail: DieZeit@zeit.de, Leserbefragung@zeit.de

ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de; ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

ABONNENTENSERVICE:
Tel. 040 / 42 23 70 70,
Fax 040 / 42 23 70 90,
E-Mail: abo@zeit.de

PREISE IM AUSLAND:
DK 60,95/EIN 8,50/E 7,10/
CAN 7,60/F 7,10/NL 6,60/
A 5,90/CH 8,20/I 7,10/GR 7,60/
B 6,60/P 7,40/L 6,60/H 2990,00

N° 44

75. JAHRGANG C 7451 C

